



Stadtverwaltung; Personelles; Erhöhung des Stellenetats (Überführung von Stellenprozenten von bestehenden privatrechtlichen Stundenlohnanstellungsverhältnissen ins öffentliche Anstellungsrecht); Genehmigung
■ **Motion Scheibli Nathalie (SP), Zaugg Franziska (FDP), Meier Andreas (GLP), Michael Schenk (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. April 2024: Gerechte Anstellungsbedingungen für alle Stadtangestellte: Abschrift**

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident
Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

1. Grundlagen

- Vorakten
- Bericht und Antrag des Stadtschreibers vom 27. März 2026
- Protokollauszug vom 5. Mai 2026 der Finanzkommission, Trakt. 6
- Gemeinderatsbeschluss vom 20. Mai 2026, Trakt. 5

2. Inhalt der Vorlage

Der Inhalt der Vorlage ergibt sich aus dem Bericht und Antrag des Stadtschreibers vom 27. März 2026 (= Beilage). Es wird auf dieses Dokument, die übrigen Vorakten und die mündlichen Ausführungen des zuständigen Mitglieds des Gemeinderats anlässlich der Sitzung des Stadtrats verwiesen.

3. Vorberatende Behörden

- Die **Finanzkommission** behandelte das Geschäft an ihrer Sitzung vom 5. Mai 2026. Dabei formulierte sie den folgenden **Antrag**: *"Es werden nur die rund 21 Vollzeitstellen (= 2'100 Stellenprozente) in den öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnisse überführt."* Unter dieser Anpassung verabschiedete sie die Vorlage im Übrigen zustimmend zu Händen der weiteren Beratung.
- Der **Gemeinderat** behandelte die Vorlage an seiner Sitzung vom 20. Mai 2026 sowie den der Finanzkommission. Er hat den Antrag mit Verweis auf die in den Grundlageakten einsehbaren Ausführungen anlässlich seiner Sitzung vom 20. Mai 2026 angenommen und die Vorlage entsprechend abgeändert zu Händen des Stadtrats verabschiedet.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen Zustimmung zu folgendem

Beschlussentwurf:

- I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 62 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 20. Mai 2026, beschliesst:
 1. Der Bestand an Stellen in der Stadtverwaltung (Stellenetat) wird per 1. Januar 2027 von 14'150 um 2'100 Stellenprozente erhöht und neu auf 13'550 Stellenprozente festgelegt. Die 2'100 neuen Stellenprozente stehen ausschliesslich für die neuen öffentlich-rechtlichen Anstellungen der überführten bisherigen privatrechtlichen Stundenlohnanstellungen gemäss dem Bericht und Antrag vom 27. März 2026 zur Verfügung.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
- II. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019, sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 20. Mai 2026, beschliesst:
 1. Die Motion Scheibli Nathalie (SP), Zaugg Franziska (FDP), Meier Andreas (GLP), Michael Schenk (SVP) und Mitunterzeichnende vom 29. April 2024: "Gerechte Anstellungsbedingungen für alle Stadtangestellten" (als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 19. August 2024) wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Berichterstattung: Vize-Stadtratspräsident Michael Schär, stv. Ressortvorsteher Präsidiales



Langenthal, 20. Mai 2026

IM NAMEN DES GEMEINDERATES

Der Vize-Stadtpräsident:

Michael Schär

Der Stadtschreiber:

Marc Häusler

- Beilage: Bericht und Antrag des Stadtschreibers vom 27. März 2026 (ohne Beilagen)